

WEITERE BRIEFE

Rein italienisch essen

Zu „Leute des Tages: Matteo Salvini isst kein Nutella mehr“ vom 7./8. Dezember: Von wegen: Was der Bauer nicht kennt, isst er nicht. Das gilt eher für den italienischen Lega-Chef Matteo Salvini. Die Furcht vor allem Fremdländischen muss anscheinend fest in der DNA eines Nationalisten verankert sein. Und kann mitunter bizarre Züge annehmen. Der ehemalige Innenminister verzichtet künftig auf Nutella, weil die Nüsse dafür angeblich aus der Türkei kommen und ihm die Creme „nicht italienisch genug“ ist. Wäre er weiter so konsequent, müsste er auch Nudeln boykottieren. Die hat Marco Polo von den Chinesen mitgebracht. Und die haben das Rezept womöglich von den Griechen kopiert. Damit ist auch seine geliebte Pasta eigentlich nicht italienisch genug. Wenn bei ihm in Zukunft nur noch das auf den Tisch kommt, was den Ursprung in seinem Heimatland hat, wird er sich kulinarisch einschränken müssen. Und womöglich an Gewicht verlieren... Manfred Jagoda, Ismaning

Kampf um Phosphate

Zu „Aminatou Haidar: Gewaltfreie Kämpferin für die Westsahara“ vom 4. Dezember: So mancher wird sich fragen, warum eine staubtrockene Gegend wie die Westsahara so umstritten ist. Dazu muss man wissen, dass sich dort die größte Phosphat-Lagerstätte der Welt befindet, Bou Craa. Das in Bou Craa abgebaute Phosphat ist von höchster Konzentration und enthält sehr wenige Verunreinigungen. Es wird über ein Förderband von 100 Kilometer Länge nach Al Aaioun transportiert und dort weiterverarbeitet. Förderung und Verarbeitung liegen komplett in den Händen der staatlichen marokkanischen Firma Office Chérifien des Phosphates (OCP), die meines Wissens zirka 70 Prozent der globalen Vorräte an Phosphat besitzt. Global arbeitende Düngemittelfirmen wie Mosaic und Bunge haben langfristige Lieferverträge mit OCP. Für die US-Regierung hat die Versorgung mit Phosphat seit Jahrzehnten höchste Priorität, gegen ihren Willen wird es keine Veränderung geben. Die einheimische Bevölkerung der Sahara hat in Anbetracht der politischen Interessen und der kostbaren und wirtschaftlich ertragreichen Ressource wenig Chancen auf Rückgabe. Es wäre schon ein großer Fortschritt, wenn sie wenigstens an den Erträgen beteiligt würde. Im April 2007 verabschiedete der UN-Sicherheitsrat die Resolution 1754 und forderte Frente Polisario und Marokko zur Durchführung eines Referendums auf. Dies ist bis heute nicht geschehen. Dr. Bärbel Rott, Freising



FOTO: CHRISTOPH SOEDER/DPA

KLIMAWANDEL

Mut zur Wahrheit

Zum Interview „Wir leben nicht auf einer Insel“ vom 30. November/1. Dezember:

Unpopuläre Maßnahmen nötig

Im Streitgespräch mit dem Klimaforscher Stefan Rahmstorf versteckt sich Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier wiederholt hinter anderen: Mal ist es die vermeintlich schwankende öffentliche Meinung zum Klimaschutz, mal lückenhafte Unterstützung in der Politik und mal fehlendes Verständnis von Betroffenen für die Notwendigkeit von entschlossenem Handeln. Wenn die Regierung den epochalen Charakter der Klimakrise verstanden hat und ausreichendes Verständnis in der Bevölkerung das Haupthindernis für wirkungsvolle Maßnahmen ist, dann müsste uns von jeder Plakatfläche, jedem Marktplatz und jeder Internetseite eine Aufklärungskampagne entgegenbringen, um das Verständnis herzustellen. Dass dem nicht so ist, kann nur heißen, dass Herr Altmaier und seine Kollegen entweder sich nicht die Zeit genommen haben, die Tragweite der Klimakrise zu durchdringen, oder nicht den Mut haben, außergewöhnliche Maßnahmen zur Abwendung einer großen Gefahr zu ergreifen. James Denman, Berlin

Umweltschutz vor Benzinpreis

Meint Herr Altmaier ernsthaft, man könnte Klima verhandeln? Unsere Umweltformt die Grundlage unseres Daseins und somit steht sie in jedem Fall, bei jeder Entscheidung an unantastbarer erster Stelle. Sie bildet den Rahmen, in dem wir uns bewegen dürfen, in dem wir streiten dürfen über soziale und wirtschaftliche Fragen. Aber Herr Altmaier stellt die Forderungen der Klimaforscher wie einen Wunsch dar, mit dem noch viele gleichwertige Interessen konkurrieren. Das ist schlicht Leugnung unserer krisenhaften Realität. Wieso verschafft man Leuten, die eine Drei-Cent-Erhöhung von Benzin als „schweren Eingriff in ihren Besitzstand“ sehen, mehr Gehör als der demonstrierenden Jugend, die die Klimakrise als Bedrohung für ihre Zukunft sieht? Marla Ellen Kiefer, Bochum

Nicht wachsen, schrumpfen

Auf Klimagipfeln wurde es schon angedeutet, nur nicht in letzter Konsequenz geäußert: Wir müssen zurück auf den Stand von vor 200 Jahren. Damals gab es bereits einen CO2-Anstieg. Dieser war noch gering, sodass er durch Wälder hätte kompensiert werden können. Aber schon damals fehlte die dazu notwendige Vegetation. Wahrscheinlich war das Ende der kleinen Eiszeit ein zusätzlicher Faktor in Bezug auf die reduzierte Aufnahme von CO2. Damals lag die Menschheit (mit 1,1 Milliarden) in etwa beim geforderten CO2-Fußabdruck von einer Tonne pro Person und Jahr. Heute liegen wir bei zirka fünf Tonnen und sind siebenmal so viele Menschen; also ist die Menschheit mindestens um den Faktor 35 höher bei Emissionen. Selbst wenn wir das Verbrennen der fossilen Energieträger einstellen, würde es uns nichts nützen, weil wir die Vegetation zu weit reduziert haben und weiter vernichten (sinngemäß Prof. Dr. Hoimar von Ditfurth in 1978). Ob es zu viel CO2 in der Atmosphäre gibt, ob unsere Wälder kaputt gehen, Plastik- oder Radreifenpartikel die Welt durchströmen, ob andere Lebensformen bedroht, getötet, ja sogar ausgerottet werden oder die natürlichen Vorräte der Erde zu Ende gehen – gleich welches Umweltproblem man auch benennt, alle die Formen dieser Umweltbelastungen sind Symptome einer dahinterstehenden Ursache. Wer jedoch nur an den Symptomen herumdoktert, provoziert immer neue Krankheitserscheinungen an unerwartet anderen Stellen und benimmt sich wie ein medizinischer Stümper, der das Fieber senken will, ohne sich um die zugrunde liegende Ursache zu kümmern, nämlich die Tatsache, dass wir überbevölkert sind (so Ditfurth damals).

AUS DER REDAKTION

Michael Ebert und Timm Klotzke, Chefredakteure des SZ-Magazins, sind mit dem Lead Award in Gold in der Kategorie „Magazin Debatte“ ausgezeichnet worden. „Sie zählen seit Jahren zu den Leistungsträgern des deutschen Magazinjournalismus“, urteilt die Jury des von der Lead Academy für Medien in Hamburg verliehenen Preises in einer Mitteilung. Weitere Preisträger sind unter anderem Zeit-Chefredakteur Giovanni di Lorenzo, der Herausgeber und Chefredakteur von Das Grundgesetz als Magazin, Oliver Wurm, sowie Flow-Chefredakteurin Sinja Schütte. Für den Podcast Zeit Verbrechen wurden Sabine Rückert und Andreas Sentker gewürdigt. Die Lead Awards wurden zum 26. Mal vergeben und ehren in acht Kategorien Blattmacher von Print- und Onlinepublikationen. sz

Ihr Rückblick

Liebe Leserinnen und Leser,

„Fridays for Future“, Brexit, Ibiza-Affäre, 30 Jahre Mauerfall – oder welches andere Ereignis hat Sie in diesem Jahr besonders berührt oder Ihr Leben verändert?

Schreiben Sie uns bis zum 22. Dezember an forum@sueddeutsche.de. Wir veröffentlichen eine Auswahl Ihrer persönlichen Rückblicke zum Jahresende auf dieser Seite und auf sz.de. Um möglichst viele verschiedene Ansichten und Themen zu Wort kommen zu lassen, bitten wir um kurze Texte. Ihr Leserdialog-Team

MOBILFUNK

Verstrahlte Politik

Zu „Kein Anschluss“ und „Fleck weg“ vom 18. November:

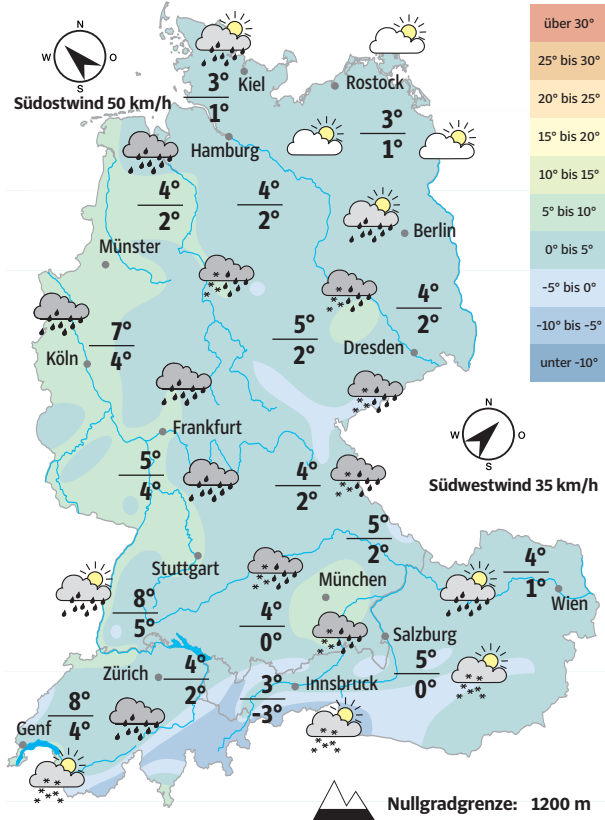
Für den schleppenden Ausbau des deutschen Mobilfunknetzes ist die Bundesnetzagentur (BNA) verantwortlich, weil sie von jedem der vier Netzbetreiber ein eigenes Netz und eine landesweite Vollversorgung verlangt. Damit werden die Gesamtkosten zu Lasten der Netzkunden und der Steuerzahler nahezu vervierfacht. Ein solches Netz ist unbezahlbar. Mobilfunknetze sind wie alle Versorgungsnetze natürliche Monopole, die sich für den Wettbewerb nicht eignen. Deshalb müssen sie reguliert werden. Die Regulierungsbehörde muss sich darauf beschränken, die Lizenzen zu vergeben, die wirtschaftliche Aufgabenerfüllung zu überwachen und die Preise auf Kostenbasis zu limitieren.

Die BNA geht einen anderen, einen falschen Weg: Sie verlangt, koste es was es wolle, den Aufbau mehrerer paralleler Netze, um auf diese Weise Wettbewerb zu organisieren. Jetzt müssen Bund und Länder mit Subventionen in Milliardenhöhe eingreifen. Eine staatliche Mobilfunk-Infrastrukturgesellschaft soll gegründet werden, um auf Staatskosten die teure Landesversorgung zu gewährleisten. Die politische Verantwortung für die ordnungspolitisch verfehlte Weichenstellung der BNA trägt der Bundeswirtschaftsminister, zu dessen Geschäftsbereich die BNA gehört. Peter Altmaier kann sich aber darauf berufen, dass die Beschlusskammern der BNA richterliche Unabhängigkeit genießen. Da ist guter Rat teuer, aber vielleicht hilft gutes Zureden! Gefordert ist auch der Bundesrechnungshof. Da werden Milliarden Steuergelder für den Ausbau privater Netze ausgegeben. Wie ist das haushaltsrechtlich zu bewerten? Alfred Meier, Hohenpeißenberg

Mit großem Aufwand wird der Bevölkerung suggeriert, dass der flächendeckende Ausbau des 5G-Netzes unumgänglich sei. Aber ist es wirklich erstrebenswert, dass in Zukunft der Kühlschrank meldet, wenn der Frischkäse ausgeht? Oder müssen junge Eltern per App darauf aufmerksam gemacht werden, dass die Windeln des Babys nass sind? Diese und viele andere von der Industrie geplanten Innovationen verlangen nach einer totalen Datenvernetzung und Millionen von Sendeanlagen, Antennen und neuen Geräten. Jeder Kühlschrank ist dann auch ein Sender! Was nicht gesagt wird, ist, dass dieser Ausbau mit einer massiven Strahlenbelastung, hohen Energiekosten und auch Möglichkeiten der totalen Überwachung einhergeht. In mehreren europäischen Ländern und Gemeinden hat sich die Gesellschaft gegen die Technik ausgesprochen, solange nicht die gesundheitliche Unbedenklichkeit bewiesen ist. In Deutschland werden wir nicht gefragt. Natürlich soll niemand „abgehängt“ werden, alternative Lösungen sind möglich. Jeder hat ein Recht darauf, nicht mit Elektromog verstrahlt zu werden. Dr. Hans Rohrer, München

Leserbriefe sind in keinem Fall Meinungsäußerungen der Redaktion. Wir behalten uns vor, die Texte zu kürzen. Bei Abdruck werden Vor- und Nachname sowie Wohnort benannt. Außerdem behalten wir uns vor, Leserbriefe auch in der digitalen Ausgabe der Süddeutschen Zeitung und bei sueddeutsche.de zu veröffentlichen. forum@sueddeutsche.de

DAS WETTER



Zahlreiche Regengüsse, Schnee und Wind

Ein Tief über der Nordsee und ein Tief über Norditalien bestimmen das Wetter in Mitteleuropa. So überwiegen fast überall Wolken. Bei einem gebietsweise böig aufrischenden Wind kann es Regen-, Graupel- und Schneeschauer geben. Auch auf den Britischen Inseln und in Frankreich ist es windig mit starken bis stürmischen Böen. Zeitweise fällt dort Regen und in den höheren Lagen Schnee. Auf der Iberischen Halbinsel gehen nur örtlich Schauer nieder.

Aussichten Das nasskalte Wetter setzt sich fort. Teilweise gibt es Regengüsse und teilweise Schneefälle mit der Gefahr von Straßenglätte. Nur ganz im Nordosten bleibt es recht trocken. Die Schneefallgrenze liegt zwischen 400 und 700 Metern Höhe. 0 bis 8 Grad werden erreicht. Der Wind weht meist mäßig bis frisch mit frischen bis starken Böen. Im Süden weht der Wind später stark mit stürmischen Böen aus Süd. Abends treten lokale Sturmböen von 70 bis 100 km/h auf.

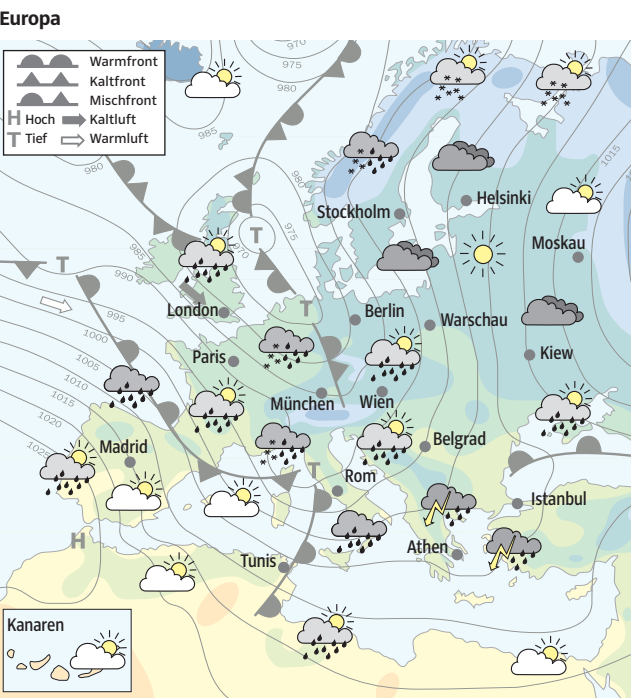


Table with weather forecasts for North America (Vancouver, Toronto, Chicago, New York, Los Angeles, Washington, Houston, Miami, Havana).

Table with weather forecasts for Asia (Peking, Tokio, Chengdu, Shanghai, Hanoi, Hongkong, Manila, Bangkok, Singapur).

Table with weather forecasts for Europe (Amsterdam, Athen, Barcelona, Belgard, Istanbul, Brüssel, Bukarest, Dublin, Dubrovnik, Helsinki, Innsbruck, Kiew, Lissabon, London, Madrid, Mailand, Moskau, Nizza, Paris, Prag, Rom, Salzburg, Sofia, Stockholm, Venedig, Warschau, Wien, Zürich).

Table with vacation spots (Helgoland, Rügen, Sylt, Agadir, Antalya, Heraklion, Malaga, Palermo, Rimini, Tunis, Las Palmas, Zypern, Mallorca) and air/water temperatures.

Quelle: www.wetterkontor.de

Table with worldwide weather (Weltwetter) for various cities like Abu Dhabi, Bangkok, Bogota, Boston, Buenos Aires, Chicago, Darwin, Delhi, Denver, Dom. Republik, Hongkong, Houston, Jakarta, Jerusalem, Johannesburg, Kabul, Kairo, Kuwait, La Paz/Bol., Lima, Los Angeles, Malediven, Manila, Mekko, Mexiko-Stadt, Miami, Montreal, Mumbai, Nairobi, New York, Panama, Peking, Perth, Rio de Janeiro, San Francisco, Singapur, Sydney, Teheran, Tel Aviv, Tokio, Vancouver, Washington.

Lufthansa advertisement featuring a white cat figurine and the text 'Tschüss, Alltag! Asien ab 519 €\* Say yes to the world'.